

Der Asbest-Fall in Zürich-West kostet die Stadt 420 000 Franken

Der Gemeinderat genehmigt die Kosten für die dringliche Räumung des Pfingstweidareals.

Von Georg Gindely

Zürich - Der Asbest-Fall auf dem ehemaligen Familiengartenareal Pfingstweid in Zürich-West hat gestern das Parlament beschäftigt. Der Gemeinderat genehmigte Grün Stadt Zürich nachträglich 420 000 Franken für die dringliche Räumung des Areals und die Entsorgung des mit Asbest belasteten Bodens.

SVP, FDP und EVP stimmten gegen die Genehmigung. Die Stadt trage keine Schuld. Es sei deshalb nicht einzusehen, dass die Zürcher Steuerzahler dafür bezahlen müssten, sagte SVP-Gemeinderat Daniel Regli. Die Verantwortung trage der Zivilschutz und damit der Bund.

Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Administrativuntersuchung ist zum Ergebnis gekommen, dass die Kader des Zivilschutzes die Gefahrenlage auf dem Areal teilweise falsch eingeschätzt hatten. Zudem machte die Untersuchung organisatorische Mängel und Schwächen in der Führung aus. Diese seien zum Teil dadurch bedingt gewesen, dass gewisse Zivilschutzkader nicht eingerückt seien.

Grün Stadt Zürich ist unschuldig

Im letzten Herbst war eine Zivilschutzkompanie damit beauftragt worden, das Familiengartenareal zu räumen, weil dort ein neuer Stadtpark entstehen soll. Beim Abbruch der Gartenhäuschen wurden Dachplatten aus Eternit zerbrochen und zerrissen. Dabei wurde krebs-erregender Asbest freigesetzt. Die Vorgesetzten brachen den Einsatz trotz Warnungen erst am dritten Tag ab.

SP, Grüne, GLP, CVP, AL und SD sprachen sich für die Genehmigung der Räumungskosten aus. Grün Stadt Zürich habe das Geld bereits ausgeben müssen, sagte SP-Gemeinderat Florian Utz. Es mache keinen Sinn, das am Vorfall unschuldige Amt nun dazu zu zwingen, diesen Betrag an einem anderen Ort einzusparen. Selbst wenn die Stadt das Geld vor Gericht zurückerlangen könnte, wäre dies erst in einigen Jahren der Fall. Samuel Dubno (GLP) sagte, er glaube nicht daran, dass ein Dritter ausserhalb der Stadt für den Schaden verantwortlich gemacht werden könne. Schliesslich sei Schutz & Rettung für den Zivilschutz-



Das Familiengartenareal Pfingstweid nach der missglückten Räumung durch den Zivilschutz im letzten Herbst. Foto: Doris Fanconi

einsatz verantwortlich gewesen - also ebenfalls eine städtische Abteilung.

Die Diskussion über den Asbest-Fall führte der Gemeinderat im Rahmen des ersten Trimesterberichts 2013, der über die Einhaltung der Globalbudgets informiert. Diese Berichte sind ein neues Instrument in der städtischen Budgetierung - und sorgten für Diskussionen.

Denn Grün Stadt Zürich forderte weitere Budgetergänzungen, ebenso das Waidspital. Es ging um zusätzliche Beträge in der Höhe von rund 13 Millionen Franken, die grösstenteils bewilligt wurden.

SVP und FDP lehnten den Trimesterbericht ab. SVP-Präsident Roger Liebi sagte, er sei immer ein Fan von Globalbudgets gewesen, da sie der Verwaltung

viel Freiheit liessen. Nun habe er seine Meinung geändert: Der Sinn der Globalbudgets werde unterhöhlt, wenn nun auch dort Zusatzkredite beantragt würden. FDP-Fraktionschef Roger Tognella fand, der Grundgedanke des Globalbudgets werde «mit Füssen getreten», wenn es nicht möglich sei, auch ungeplante Mehrausgaben darin unterzubringen.